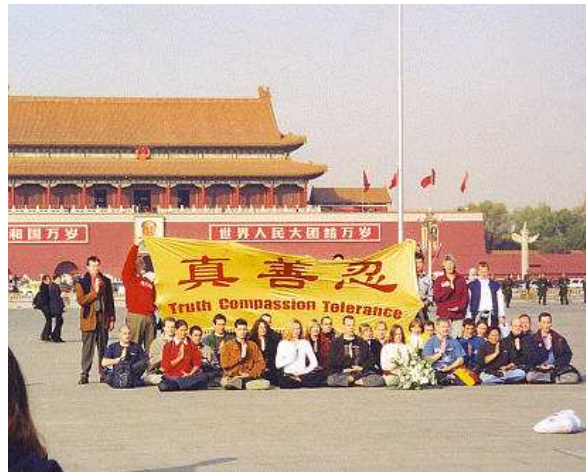


Zeichen setzen – deutsche Strafanzeige gegen Jiang Zemin, Chinas ehemaligen Staatspräsidenten, wegen Völkermord, Folter und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Falun Gong-Praktizierenden in China

Am 20. November 2001 demonstrierten 36 Falun Gong-Praktizierende aus westlichen Ländern auf Chinas berühmtem Platz des himmlischen Friedens für die Freiheit von Falun Gong in China, wurden gewaltsam festgenommen und des Landes verwiesen.



Jetzt, zwei Jahre, später reichen einige der deutschen Teilnehmer bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe Strafanzeige ein gegen den ehemaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin und weitere hohe Funktionäre und Verantwortliche bei der Verfolgung von Falun Gong-Praktizierenden in der VR China. Die Anzeige umfasst Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folter und gefährliche Körperverletzung an Falun Gong-Praktizierenden in der VR China.

Die Strafanzeige wird erstatet von insgesamt 39 Opfern der Verfolgung, dem Deutschen Falun Dafa Verein und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf diesem Weg nachhaltig für ein Ende der Terror-Kampagne zur Auslöschung von Falun Gong in China einsetzen. In der Anzeige werden persönliche Schicksale von 15 außerhalb Chinas lebenden Folter-Opfern dargestellt, die als Zeugen aussagen können. Die in der Anzeige enthaltene Dokumentation der Fälle von über 800 Foltertoten sowie weiterer Opfer der Verfolgung entwirft ein Bild von dem ungeahnten Ausmaß der Terror-Kampagne und den Methoden von Folter und Verfolgung in allen Lebensbereichen in China.

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Berlin, bekannt durch die Vertretung deutscher Opfer der argentinischen Militär-Junta, vertritt die Anzeigenerstatter. Die Anzeige dürfte in ihrer Tragweite und Bedeutung gleichrangig wie die gegen Milosevic und Pinochet zu sehen sein.

Johannes Rau in Nanjing: "Menschenrechte haben universelle Bedeutung"

Sein entschiedenes Bekenntnis zu den Menschenrechten hat der deutsche Bundespräsident im September 2003 vor rund tausend Studenten und ihren Professoren in der Universität von Nanjing zum Ausdruck gebracht: "Wenn es um die fundamentalen Rechte der Person geht, um Leben und Freiheit, um Schutz vor Folter, vor willkürlichem Freiheitsentzug und vor Diskriminierung, eben das, was die Voraussetzungen für den "aufrechten Gang" sind, dann kann es in der Grundhaltung keine Kompromisse und kein Relativieren geben."

Auf diesem geistigen Hintergrund steht die für November 2003 in Deutschland vorbereitete Einreichung der Strafanzeige. Es geht in der Strafanzeige um die Verbrechen des Menschen Jiang Zemin und seiner Gefolgsleute, die weder das chinesische Volk noch den chinesischen Staat repräsentieren.

Falun Gong Informationszentrum Deutschland

Die Verfolgung von Falun Gong beruht auf dem Befehl Jiang Zemins: "Ruiniert ihren Ruf, plündert sie finanziell aus und zerstört sie physisch" Dieser Befehl greift seit über vier Jahren in das Leben von Millionen Chinesen ein. Familienangehörige, Freunde, Betriebe, Schulen und Ausbildungsstätten werden gegen Falun Gong-Praktizierende aufgehetzt, zum Verrat angestiftet, zu Zahlungen erpresst oder man lässt Praktizierende ganz einfach verschwinden. In Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern werden bis zu hunderttausend Falun Gong-Praktizierende gequält, gefoltert, der "Gehirnwäsche" unterzogen, zur Aufgabe ihrer moralischen Prinzipien gezwungen. Familien werden zerrissen, Menschen in die Flucht getrieben, Frauen werden vergewaltigt und zu Abtreibungen gezwungen, Unschuldige zu Tode gefoltert.

Das im Juni 2002 eingeführte deutsche Völkerstrafgesetzbuch besagt in Artikel 1, Teil 1, § 1: "Dieses Gesetz gilt für alle in ihm bezeichneten Straftaten gegen das Völkerrecht, für die in ihm bezeichneten Verbrechen, auch dann, wenn die Tat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zum Inland aufweist."

In der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 heißt es: "Artikel II: In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:.

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Diese UN-Konvention wurde erstellt und von den vertragschließenden Parteien zu denen auch Deutschland gehört unterschrieben "in Anerkennung der Tatsache, daß Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und in der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist."

(Pressemitteilung 19.November 2003)

<http://www.faluninfo.de/index.php?id=147>

Falun Gong Informationszentrum Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
Presseerklärung von Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck zur Pressekonferenz am 24. November 2003.....	4
Das Bundesinnenministerium zum Inkrafttreten des Deutschen Völkerstrafgesetzbuches.....	6
Strafanzeigen und Klagen in anderen Ländern gegen Jiang Zemin und hochrangige chinesische Funktionäre	7
Hintergrundinformationen	9
Über die Verfolgung.....	9
Wie es zum Verbot und der Verfolgung kam	9
„Büro 610“ - eine Art chinesische Gestapo	9
Falun Dafa.....	11
Was ist Falun Dafa?	11
Die Übungen	11
Die Prinzipien.....	12

Weitere Informationen finden Sie auf www.faluninfo.de .

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:
Frau Zhihong Zheng Tel.: 030-30818512 Mobil: 0179-3258311
Renate Lilge-Stodieck Tel.: 030-8028180 Mobil: 0162 - 13456478

Presseerklärung von Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck zur Pressekonferenz am 24. November 2003

Strafanzeige gegen Jiang Zemin, den ehemaligen Staatspräsidenten und andere Funktionäre der Volksrepublik China wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter, Mord und Gefährlicher Körperverletzung gegen Falun Gong-Praktizierende von 1999 bis 2003.

Wenn es um die fundamentalen Rechte der Person geht, um Leben und Freiheit, um Schutz vor Folter, vor willkürlichem Freiheitsentzug und vor Diskriminierung, eben das, was die Voraussetzungen für den "aufrechten Gang" sind, dann kann es in der Grundhaltung kein Relativieren, keine Kompromisse geben.

Bundespräsident Johannes Rau in seiner Rede „Das Rechtsstaatsprinzip- Voraussetzung für eine moderne Gesellschaft“ anlässlich seiner Chinareise am 12.09.03 an der Universität Nanjing.

Für eine Bestrafung der Menschenrechtsverletzungen in China :

Am 21.11.2003 wurde im Namen von 40 deutschen, chinesischen, irischen, kanadischen, australischen und US-amerikanischen Staatsbürgern Strafanzeige gegen den ehemaligen chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin und andere Funktionäre der Regierung der Volksrepublik China wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mord, Folter und Gefährlicher Körperverletzung u.a. gegen Falun Gong- Praktizierende 1999 bis 2003 bei der Bundesanwaltschaft erstattet. 16 namentlich benannten Funktionären und zahlreichen weiteren Unbenannten wird in der 86 - seitigen Strafanzeige vorgeworfen unmittelbar und als mittelbare Täter an der Folter und an Misshandlungen von Falun Gong-Praktizierenden u.a. in 15 detailliert geschilderten Fällen in Polizeihaft und in Arbeitslagern teilgenommen zu haben. In zwei weiteren Leitzordnern mit Anlagen wurde der Bundesanwaltschaft u.a. Berichte von renommierten Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und dem UNHCR sowie Material über den Tod von bisher geschätzten 818 Falun Gong-Praktizierenden übersandt.

Wünschenswert wäre die juristische Aufarbeitung der Folter- und Todesfälle in China selbst. Doch trotz des "deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog" ist China noch weit von rechtsstaatlichen Zuständen entfernt.

Zeugen der Verbrechen und Familienangehörige werden bedroht und sind oft genug selbst Opfer von Verfolgung. Die gerichtliche Aufklärung der von Staatsfunktionären begangenen Verbrechen, selbst die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen ist derzeit in China unmöglich. Internationale Strafgerichte sind unzuständig für die dort begangenen Taten.

Deswegen erstatten die Betroffenen derzeit in zahlreichen europäischen Staaten wie Belgien, Frankreich und Spanien und außereuropäischen Staaten Strafanzeigen. In Deutschland ist die rechtliche Situation für Opfer von Menschenrechtsverletzungen spätestens mit der Einführung des Völkerstrafgesetzbuches zum 30.06.2002 günstig. Allerdings gibt es mit dem Gesetz noch nicht viele Erfahrungen, so dass die Praxis erweisen wird, ob der Schrift und dem Wort die Tat, also die konkrete Strafverfolgungstätigkeit folgen wird.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist zuständig für die Strafverfolgung in Fällen des Völkermordes und von Verbrechen gegen Menschlichkeit. Die AnzeigenerstatterInnen erhoffen sich von der obersten deutschen Ermittlungsbehörde, dass diese den bisherigen Zustand der Straflosigkeit der in China begangenen Menschenrechtsverletzungen nicht hinnimmt und die Ermittlungen gegen Jiang Zemin und die anderen Funktionäre aufnimmt. Zwar können in Deutschland Hauptverhandlungen vor Strafgerichten nicht in Abwesenheit der Angeklagten durchgeführt werden, und es ist fraglich, ob eine der angezeigten Personen in allernächster Zeit Deutschland besuchen wird. Aber aufgrund seiner Vorreiterrolle bei der Durchsetzung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag haben die

Falun Gong Informationszentrum Deutschland

deutschen Strafverfolgungsbehörden zumindest die Verpflichtung die zur Anzeige gebrachten Sachverhalte so weit wie möglich aufzuklären.

Bei den Personen, gegen die nach den Ermittlungen dringender Tatverdacht besteht muss ein (internationaler) Haftbefehl beantragt und erlassen werden. Dies geschah zuletzt bereits in den Verfahren gegen ehemalige argentinische Militärs bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth. Dann müssen sich die Betroffenen sehr genau überlegen, in welche Länder sie in Zukunft reisen werden.

Deutsche Ermittlungen könnten schließlich die Strafverfolgungsbehörden anderer Staaten ermutigen, eigene Nachforschungen anzustellen, die Ergebnisse zu sammeln und möglicherweise in Zukunft in China – dem dafür sicherlich angemessensten Ort – Strafverfahren gegen die Menschenrechtsverletzer zu initiieren.

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck

Voller Wortlaut der Strafanzeige unter: <http://www.faluninfo.de/fileadmin/media/PDF/Strafanzeige.pdf>

Das Bundesinnenministerium zum Inkrafttreten des Deutschen Völkerstrafgesetzbuches

Deutsches Völkerstrafgesetzbuch tritt zum 30.06.02 in Kraft

Mit Inkrafttreten des Deutschen Völkerstrafgesetzbuches wird das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag umgesetzt, das am 1.07.02 in Kraft tritt. Eine verbesserte Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen wird nun auch durch die deutsche Justiz ermöglicht.

Zum 1.07.02 tritt außerdem ein Ausführungsgesetz zum Römischen Statut in Kraft. Es sieht Regelungen für die strafrechtliche Zusammenarbeit zwischen dem internationalen Strafgerichtshof und Deutschland vor. Dazu gehören Vorschriften zur Überstellung oder Durchbeförderung von Personen, zur Vollstreckung der Entscheidungen des Gerichtshofs und zu möglichen Rechtsbehelfen.

Die Ziele des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs sind:

- die verbesserte Erfassung des spezifischen Unrechts der Verbrechen gegen das Völkerrecht
Erstmals wird explizit der Tatbestand der Folter aufgenommen und unter Strafe gestellt. Bisher war Folter nur nach den allgemeinen Vorschriften über Körperverletzung zu bestrafen. Auch für staatliche Maßnahmen wie das "Verschwindenlassen", bei denen z.B. in Nacht- und Nebelaktionen Oppositionelle mit Lastwagen abtransportiert werden und ihr Verbleib über Jahre oder für immer ungeklärt bleibt, wird ein besonderer Tatbestand geschaffen. Außerdem wird ganz allgemein bei den Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Zusammenhang mit einem ausgedehnten oder systematischen Angriff gegen die Zivilbevölkerung und bei den Kriegsverbrechen der Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt spezifisch erfasst.
- die Vereinheitlichung des Regelwerks zur Rechtsklarheit und Handhabbarkeit in der Praxis
So sind die hier zusammengefassten spezifischen Tatbestände auf die Rechtsmaterie und die Besonderheiten der Völkerrechtsverbrechen zugeschnitten, ein Rückgriff auf passende Vorschriften des allgemeinen Strafrechts kann entfallen. Außerdem wird übersichtlich geregelt, welche allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs (z.B. zu Vorsatz, Versuch, Täterschaft und Teilnahme, Rechtfertigungsgründen) anzuwenden sind und welche Sonderregeln insoweit für das Völkerstrafgesetzbuch gelten.
- Klare Priorität der Verfolgungszuständigkeit der deutschen Gerichte
Der internationale Strafgerichtshof verfolgt nur Verbrechen, die von den nationalen Gerichten strafrechtlich nicht verfolgt werden, weil diese entweder nicht willens oder nicht in der Lage dazu sind. Daher passen wir unser Strafrecht an die Zuständigkeit des IStGH an, um sicherzustellen, dass wir als Vertragsstaat die Verantwortung auch für die internationale Strafgerichtsbarkeit behalten. Gleichzeitig begegnen wir damit einer Sorge, die die US-Administration bisher zu Gegnern des IStGH macht, nämlich ihre Sorge, eigene Staatsangehörige an den IStGH überstellen zu müssen. Da wir selbst eine lückenlose Verfolgung der Völkerrechtsverbrechen gewährleisten, wird sich für Deutschland eine derartige Situation gar nicht ergeben.
- Signalwirkung für andere Staaten
Ein deutsches Regelwerk ist zugleich Signal für das humanitäre Völkerrecht und fördert dessen Verbreitung, weil es vielen Staaten als Vorbild für die Umsetzung des Römischen Statuts in nationales Recht dienen kann.

PM des BMJ Nr. 37/02 v. 27.06.2002

Strafanzeigen und Klagen in anderen Ländern gegen Jiang Zemin und hochrangige chinesische Funktionäre

Falun Gong-Praktizierende bereiten in der ganzen Welt Klagen oder Strafanzeigen gegen Jiang Zemin und chinesische Beamte vor, die entscheidend an der Verfolgung von Falun Gong beteiligt sind. Da sich seit einiger Zeit eine Reisetätigkeit dieser Funktionäre in verschiedene Länder entwickelt hat, werden dort nach Möglichkeit auch Strafanzeigen gestellt. Leider werden die Reisen erst sehr spät bekannt. Trotzdem kann mit diesen Anzeigen verhindert werden, dass weitere Besuche stattfinden können, oder dass Vorbereitungen für Situationen der Flucht oder des Rückzugs aus China vorbereitet werden. Chinesische interne Machtverhältnisse sind nicht immer stabil und durchschaubar.

Taiwan – Am 17. November 2003 wurde mit dem taiwanesischen Kammergericht eine Strafanzeige wegen Völkermordes gegen den ehemaligen Präsidenten Chinas, Jiang Zemin, den ehemaligen Vizepremier des Staatsrates, Li Lanqing und gegen Luo Gan, ein Mitglied des Politbüros der chinesischen Kommunistischen Partei, Luo Gan, erstattet. (<http://www.faluninfo.net/displayAnArticle.asp?ID=8075>)

Zypern – Anlässlich einer Reise wurde am 27. Oktober, in Zypern gegen Wu Guanzheng, seit 2002 Mitglied des Politbüros der chinesischen Kommunistischen Partei, eine Klage bei Gericht eingereicht und angenommen. Die Zivilklage bezieht sich auf die Verfolgung von Falun Gong in China und hat Folter, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Gegenstand. Wu war von Juli 1999 bis September 2002 Gouverneur der chinesischen Provinz Shandong. Die Provinz Shandong weist die höchste Rate von Opfern bei der Verfolgung von Falun Gong in China auf. Schon im Dezember 2000 wurde im Wall Street Journal von dem späteren Pulitzer Preisträger Ian Johnson darauf hingewiesen, dass Wu für die besonders brutale und intensive Verfolgung in der Provinz Shandong verantwortlich ist. (<http://www.faluninfo.de/index.php?id=126>)

Spanien - Am 15. Oktober 2003 reichten 15 Bürger aus den USA, Australien, Belgien und Spanien bei Spaniens Oberstem Gerichtshof in Madrid eine Strafanzeige ein gegen das ehemalige Staatsoberhaupt von China, Jiang Zemin, und gegen Luo Gan, Mitglied des Politbüros der chinesischen Kommunistischen Partei, wegen Anordnung von Völkermord und Folter an Falun Gong-Praktizierenden.

Im Oktober 2003 befand sich Luo Gan, chinesisches ZK-Mitglied, auf einer Besuchs-Tour durch Island, Finnland, Armenien und Moldawien. Als Vertrauensperson des ehemaligen chinesischen Staatsoberhaupts Jiang Zemin wurde er seit seiner Ernennung zum Leiter des „Büros 610“ zu einem Hauptverantwortlichen für die Verfolgung von Falun Gong in China.

Armenien – Anlässlich eines Besuchs von Luo Gan wurde am 16. September 2003 von Falun Gong Praktizierenden in einem Gericht in Jerewan Strafanzeige gegen Luo Gan, den Chef des 'Büro 610' des chinesischen Regimes, wegen Völkermord und Folter gestellt. Die Anzeige umfasst auch Beweise der WOIPFG, der internationalen Untersuchungsorganisation. Armenien hat eine UN Vereinbarung unterzeichnet, in der es sich verpflichtet, sich gegen Völkermord einzusetzen.

Moldawien – anlässlich eines Besuchs von Luo Gan wurde am 18. September 2003 wurde Strafanzeige gegen Luo Gan eingereicht.

Finnland – anlässlich eines Besuchs von Luo Gan wurde am 11. September 2003 eine Strafanzeige gegen den führenden Verantwortlichen des "Büro 610" Luo Gan bei Staatsanwaltschaft wegen Folter und Völkermord eingereicht. (<http://www.faluninfo.de/index.php?id=120>)

Falun Gong Informationszentrum Deutschland

Island – anlässlich eines Besuchs von Luo Gan wurde am 9. September 2003 eine Strafanzeige gegen den führenden Verantwortlichen des "Büro 610" Luo Gan wegen Folter, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei Staatsanwalt Bogi Nilsson eingereicht. (<http://www.faluninfo.de/index.php?id=123>)

Belgien - Am 20. August 2003 wurde in Brüssel eine vom Anwalt der Kläger im Menschenrechts-Prozess gegen den ehemaligen chilenischen Diktator gegen Pinochet, Georges-Henri Beauthier vorbereitete Klage gegen den ehemaligen chinesischen Staatschef Jiang Zemin eingereicht wegen Folter, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch die führenden Verantwortlichen des „Büros 610“, Li Lanqing und Luo Gan, sind von dieser Klage betroffen. (<http://www.faluninfo.de/index.php?id=86>)

Frankreich - Im Juli 2003 wurde in Paris von William Bourdon, ebenfalls Kläger-Anwalt gegen Pinochet, bekannt gegeben, dass ein französisches Gericht das Verfahren gegen Li Lanqing, ehemaliger Vize-Premier von China und oberster Leiter des „Büros 610“, fortführt. In Paris wurde im August ein richterlicher Untersuchungsausschuss mit dem Fall beauftragt. Auch an diesem Verfahren ist der Pinochet-Ankläger Beauthier beteiligt.

USA – Anlässlich eines Besuchs im Februar 2002 wurde in San Francisco dem damaligen Bürgermeister von Peking, Liu Qi, eine Klage überreicht wegen Oberaufsicht über die Durchführung von Folter an Falun Gong-Praktizierenden. Liu Qi war und ist noch immer Vorsitzender des Olympischen Komitees für 2008 in Peking. Er wurde von US-Richter wegen Menschenrechtsverletzungen für schuldig befunden.

Bei einem weiteren Beschuldigten handelt es sich um Xia Deren, Vize-Gouverneur der Provinz Liaoning. Da die Anklagepunkte in beiden Fällen sehr ähnlich lauten, wurden die Verfahren gegen Xia Deren und Liu Qi vom Distrikt-Gericht in San Francisco zusammengelegt.

USA - Die Anklage gegen Zhao Zhifei war die erste, die gegen einen chinesischen Offiziellen während eines Aufenthaltes in den USA wegen Menschenrechtsverletzungen an Falun Gong-Praktizierenden in China erhoben wurde. In New York hatte der zuständige Richter eine Verurteilung in Abwesenheit angeordnet und den Klägern Schadensersatz zuerkannt.

USA – Anlässlich eines Staatsbesuches in den USA im Oktober 2002 erhielt Jiang Zemin, eine Vorladung vor das Bezirksgericht von Illinois, um sich für die Menschenrechtsverbrechen am chinesischen Volk zu verantworten. Kläger sind amerikanische und chinesische Falun Gong-Praktizierende, die persönlich von der Verfolgung von Falun Gong in China betroffen und geschädigt sind. Terri Marsh, die Anwältin der Kläger, legte dem Gericht entsprechend amerikanischem Gesetz am 14.04.2003 Beweise für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter und Völkermord des chinesischen Diktators und des von ihm geschaffenen „Büros 610“ vor.

Der aktuelle Stand ist jeweils unter www.upholdjustice.org in englischer Sprache einzusehen.

Neueste Meldung: Getragen von bisher über 100 internationalen Verbänden und Vereinigungen wird in mehreren Ländern die Gründung einer „Globalen Koalition: „Bringt Jiang vor Gericht!“ vorbereitet mit dem Ziel: Deckt die Verbrechen von Jiang Zemin auf. Bringt Jiang vor das Gericht des Gesetzes, des Gewissens und der Moral. (www.grandtrial.org)

Hintergrundinformationen

Über die Verfolgung

Wie es zum Verbot und der Verfolgung kam

Anfang 1999 hieß es in einem offiziellen Bericht, dass über 70 Millionen chinesischer Bürger, einschließlich Mitgliedern der Kommunistischen Partei, hoher Militärs, Wissenschaftlern und Angehörigen der Polizei, Falun Gong praktizierten. Immerhin war Falun Gong erst 1992 erstmals in der Öffentlichkeit unterrichtet worden. Der enorme Zulauf erregte offensichtlich bei einigen Mitgliedern der chinesischen Kommunistischen Partei und besonders bei Parteiführer Jiang Zemin Unruhe und Neid. Jiang konnte die Tatsache nicht tolerieren, dass die Anzahl der Falun Gong Praktizierenden sogar die der eigenen Partei-Mitglieder erheblich überstieg. Ehrgeizige Politiker und Wissenschaftler, die darauf aus waren, ihre Karriere voranzutreiben, brachten die Regierung zusätzlich gegen Falun Gong auf.

Am 20. Juli 1999 wurden in einer Nacht- und Nebelaktion in ganz China Hunderte von Betreuern der Übungsgruppen aus ihren Wohnungen entführt. Am 22. Juli 1999 wurde Falun Gong offiziell für gesetzwidrig erklärt, obwohl die chinesische Verfassung Religionsfreiheit garantiert. So wie die Kulturrevolution zwischen 1966 und 1976 eine kulturelle Verwüstung in ganz China herbeiführte, stellt die Niederschlagung von Falun Gong das ganze Land auf den Kopf. Mitten in der Nacht wurden in ganz China Hunderte von Kontaktpersonen verhaftet und ihre Wohnungen geplündert. Millionen legal veröffentlichte Bücher und Tonbänder von Falun Gong wurden konfisziert, geschreddert und verbrannt. Zehntausende von Falun Gong-Praktizierenden wurden verhaftet und geschlagen. Eine massive Hetzkampagne wurde in Gang gesetzt, um Falun Gong zu verleumden und in Verruf zu bringen, indem Lügen und falsche Tatsachen in die Welt gesetzt wurden. Alle Internetseiten von Falun Gong werden von der Regierung blockiert. Telefonleitungen werden abgehört. Ausländische Reporter dürfen keinerlei Kontakt zu Falun Gong-Praktizierenden aufnehmen. Emailverkehr und Kommunikation mit der Außenwelt werden von Zehntausenden von Staatsbeamten überwacht

„Büro 610“ - eine Art chinesische Gestapo

„Schädigt ihren Ruf, ruiniert sie finanziell, zerstört sie physisch!“

Unter dieser Anordnung gründete Jiang Zemin am 10. Juni 1999 die sogenannte „Führungsstelle für die Beseitigung von Falun Gong“, abgeleitet von ihrem Gründungsdatum, kurz „Büro 610“ genannt.

Jiang Zemin übertrug diesen „Büros 610“, einer Einrichtung im Rang einer staatlichen Behörde, als alleinige Aufgabe die Überwachung und Durchführung der Verfolgung von Menschen, die sich für diesen friedlichen Lebensweg entschieden haben. Das „Büro 610“ ist befugt, sich über alle bestehenden Gesetze und selbst über die Grundlagen der chinesischen Verfassung hinwegzusetzen, um das ihm gesetzte Ziel der Verfolgung und „Ausrottung“ von Falun Gong zu erreichen.

Oberster von Jiang Zemin ernannter Leiter dieses Büros ist Li Lanqing, ein ehemaliger Stellvertretender Premierminister. Speziell für die Durchführung verantwortlich ist Luo Gan, u.a. Mitglied des Zentralkomitees der chinesischen KP. Das bedeutet, höchste Regierungsvertreter sind mit der Verfolgung ihrer eigenen Bürger beauftragt!

Das „Büro 610“ ähnelt in seinen Grundzügen der Gestapo des Naziregimes. Seine Präsenz zieht sich durch alle politischen Gremien, es ist in allen Verwaltungsebenen in Stadt und Land vertreten. Die Auswirkungen seiner totalen Kontrolle erstrecken sich auf alle Bereiche des Lebens.

Falun Gong Informationszentrum Deutschland

Wer in der Volksrepublik China Falun Gong praktiziert, riskiert:

- seinen Ausbildungsplatz zu verlieren,
- seinen Studienplatz zu verlieren
- seinen Arbeitsplatz zu verlieren
- in eine Nervenheilanstalt eingewiesen zu werden
- 24 Stunden am Tag überwacht zu werden u.v.m.

Methoden des Büro 610

Durch das „Büro 610“ und seine Handlanger sind Menschen in ganz China tagtäglichem Terror ausgesetzt. Mit großem finanziellen und personellen Aufwand werden in allen Gesellschaftsschichten, in den verschiedenen Berufsklassen, an Universitäten und Schulen große Kampagnen gestartet, in denen sämtliche Bürger gegen ihren Willen gezwungen werden Erklärungen zu unterschreiben, in denen sie in negativer Weise zu Falun Gong Stellung beziehen. Praktizierende werden aufgefordert sich von ihrem Glauben loszusagen, ansonsten drohen ihnen hohe Geldstrafen oder Haft. Auch ihre Familienangehörigen, Freunde und Arbeitskollegen werden in Mitleidenschaft gezogen und sind massiven Druck der Polizei und Behörden ausgesetzt, selbst ihnen drohen harte Konsequenzen. Manche Praktizierende werden gar zur Scheidung und Abtreibung gezwungen.

Wer weiterhin auf das Ausüben von Falun Gong besteht, riskiert entführt und ohne rechtliche Grundlage und ohne gerichtliche Verhandlung in Arbeitslager und Psychatrien gesteckt zu werden, wo sie den Misshandlungen durch die Wärter und sogar durch ihre kriminellen Zellengenossen ausgesetzt sind, die nur ein Ziel verfolgen, eine Verzichtserklärung von ihnen zu erpressen. Mittlerweile befinden sich Hunderttausende von Praktizierenden in Arbeitslagern.

Die „gängigsten“ Foltermethoden

Wer sich diesem Diktat nicht beugt, ist in Polizeigewahrsam, in den Gefängnissen, Arbeitslagern usw. der weiteren Willkür seiner Bewacher ausgesetzt. Das bedeutet in der Regel:

- Prügelstrafe, häufig bis zum ohnmächtig werden und gebrochene Knochen
- Unsachgemäße brutale Zwangsernahrungen mit Fäkalien, kochendem Wasser, hochprozentiger Kochsalzlösung und anderen Flüssigkeiten.
- Folterungen mit 60.000 Volt Elektrostöcken, auch an intimsten Körperteilen.
- Fesseln in völlig unnatürlichen Körperhaltungen. Ebenso das hilflos aufgehängt werden in gefesselter Position.
- Massenvergewaltigung
- Schlafentzug und Gehirnwäsche mit Propagandamaterial

Dies sind nur die „gängigsten“ Methoden der Misshandlungen. Der brutalen Willkür der Peiniger sind kaum Grenzen gesetzt. Viele dieser Foltermethoden führen zu nachhaltigen Schädigungen, wie Behinderungen und sogar zum Tod.

Foltertod wird als Selbstmord deklariert

Nicht selten beteiligen sich die Vorgesetzten an den Folterungen. Und nicht selten enden diese Misshandlungen mit dem Tod der Gequälten. Dann sind die Verantwortlichen gehalten, dies als Selbstmord auszugeben und den geschundenen Leichnam so schnell wie möglich zu verbrennen, um die wahren Ursachen des Todes vor den Verwandten zu verbergen. Mittlerweile wurden 806 Foltertode vom Falun Dafa Information Center dokumentiert (Stand 26.10.2003), die geschätzte Zahl liegt jedoch bei mehr als 10.000 Toten. Oft werden Gefolterte aber in bedrohlichem Zustand ins

Falun Gong Informationszentrum Deutschland

Krankenhaus eingewiesen und anschließend in zynischerweise von der Familie das Geld für die Krankenbehandlung erpreßt.

Korruption und Bestechung

Druck wird auch auf die Beamten ausgeübt, indem sie vorgeschriebene „Erfolgsquoten“ bei der Umerziehung von Praktizierenden erfüllen müssen. Wenn sie in einem bestimmten Zeitraum nicht eine gewisse Anzahl von „Verzichtserklärungen“ erpresst haben, werden ihnen z.B. ihre Prämien gestrichen. Zudem müssen die Namen aller Bürger, die aus anderen Landesteilen nach Peking reisen, um einen Appell für Falun Gong einzubringen und festgenommen werden, in Listen eingetragen werden. Wenn eine festgelegte Höchstgrenze für Personen der einzelnen Orte überschritten ist, gibt es für die örtlich Verantwortlichen Strafen. Um das zu vermeiden, fließen an die buchführenden Behörden in der Hauptstadt reichlich Bestechungsgelder.

Die Wahrheit lässt sich nicht auf Dauer verbergen

An all' dem wird deutlich, wie das chinesische Regime mit allen Mitteln versucht, die Wahrheit zu vertuschen. Immer wieder hören wir von Fällen, in denen die Haft verlängert wurde um zu verhindern, daß die Entlassenen über ihre Erlebnisse im Lager oder Gefängnis berichten und so die Wahrheit ans Licht kommt.

Die Wahrheit kommt ans Licht, obwohl Zeitungsberichten zufolge 30.000 Beamte das Internet kontrollieren, obwohl Internet-Cafés ihre Kunden registrieren müssen, obwohl Tausende von Webseiten blockiert sind und die staatlich kontrollierten Medien jede Menge Lügen und erfundene Geschichten über Falun Gong verbreiten und so eine Hasskampagne in der Bevölkerung entfacht haben. Große Teile eines Volkes lassen sich nicht auf Dauer allein wegen des Festhaltens an ihrer Überzeugung verfolgen, und schon gar nicht, wenn sie einen durch und durch friedlichen Weg gewählt haben wie die Falun Gong-Praktizierenden.

Falun Dafa

Was ist Falun Dafa?



Falun Dafa, auch Falun Gong genannt, ist eine Art Qigong. Qigong hat in China eine lange Tradition und ist wegen seiner nachweislich gesundheitsfördernden Wirkung in der Bevölkerung sehr beliebt. Früher hatten die verschiedenen Qigong-Schulen mysteriös klingende Namen und man nannte sie allgemein Kultivierung. Nach der Kulturrevolution haben aber die Lehrer dieser Kultivierungsschulen die Begriffe Qi und Gong aus verschiedenen Schriften ohne Zusammenhang herausgenommen und den neuen Fachausdruck „Qigong“ erfunden. Ihr Ziel war es, dem Denken der modernen Menschen entgegen zu kommen. Wie Tai-Chi ist Qigong ein lebendiger Bestandteil des Lebens vieler Menschen in China; nahezu jeder öffentliche Park in China ist bei Tagesanbruch überfüllt mit Menschen, die Qigong üben. Seit sein

Begründer, Li Hongzhi, Falun Gong der Öffentlichkeit 1992 zum ersten Mal vorstellte, sprachen sich die enormen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Tiefe der Prinzipien seiner Lehre in der Bevölkerung herum. Falun Gong wird heute von etwa 100 Millionen Menschen jeden Alters, aus verschiedenen sozialen Schichten und Kulturen in über 50 Ländern praktiziert.

Die Übungen

Die fünf körperlichen Übungen, die eine kraftvolle Meditation im Sitzen beinhaltet, sind leicht zu erlernen, wohltuend, gleichzeitig entspannend und energetisierend. Man kann alleine oder in der

Falun Gong Informationszentrum Deutschland

Gruppe üben. Viele deutsche Städte haben Übungsgruppen. Dort können Sie die Übungen auch kostenlos lernen.

Die Prinzipien

Die Lehre von Falun Gong, dargestellt in dem Buch „Zhuan Falun“, beruht auf den Prinzipien von Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht. Falun Dafa lehrt den Menschen seine Moral zu verbessern, sich dem Guten zuzuwenden, Fehler bei sich selbst zu suchen und sich in Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht zu üben. Es ist eine Anleitung für Menschen, ein Leben mit mehr innerer Ruhe, Gelassenheit und mit weniger Stress zu führen. Praktizierende jeden Alters, aus allen Berufen, egal mit welchem sozialen und kulturellen Hintergrund, erleben durch Falun Gong eine gesunde, friedliche und harmonische Lebensweise.